

**SCHWEIZER
RADIO UND TV
FÜR IMMER
ABSCHALTEN?**

NEIN

No-Billag-Initiative

SP

Ein Franken pro Tag



Die Radio- und Fernsehgebühren werden gesenkt und betragen ab 2019 noch 365 Franken pro Haushalt und Jahr – oder einen Franken pro Tag. Die Initiative will die Gebühren abschaffen. Der Bund soll zudem dazu verpflichtet werden, Konzessionen zu versteigern. Da es keine Auflagen gibt, würde das Angebot an den Meistbietenden gehen. Auch sollen andere Medien nicht mehr durch den Bund subventioniert und die unabhängige Beschwerdeinstanz soll abgeschafft werden.



Das wichtigste in Kürze

Eine vierte Gewalt mit einem unabhängigen und vielfältigen Radio- und Fernsehangebot ist für unsere Demokratie unverzichtbar. Bei Annahme der Initiative muss nicht nur die SRG den Betrieb einstellen, auch 35 regionalen Radio- und TV-Stationen droht das Aus. Gerade in der Schweiz, wo die Bürgerinnen und Bürger mehrmals pro Jahr über teils komplexe Vorlagen befinden und wo die sprachliche und geographische Vielfalt gross ist, wäre das verheerend.

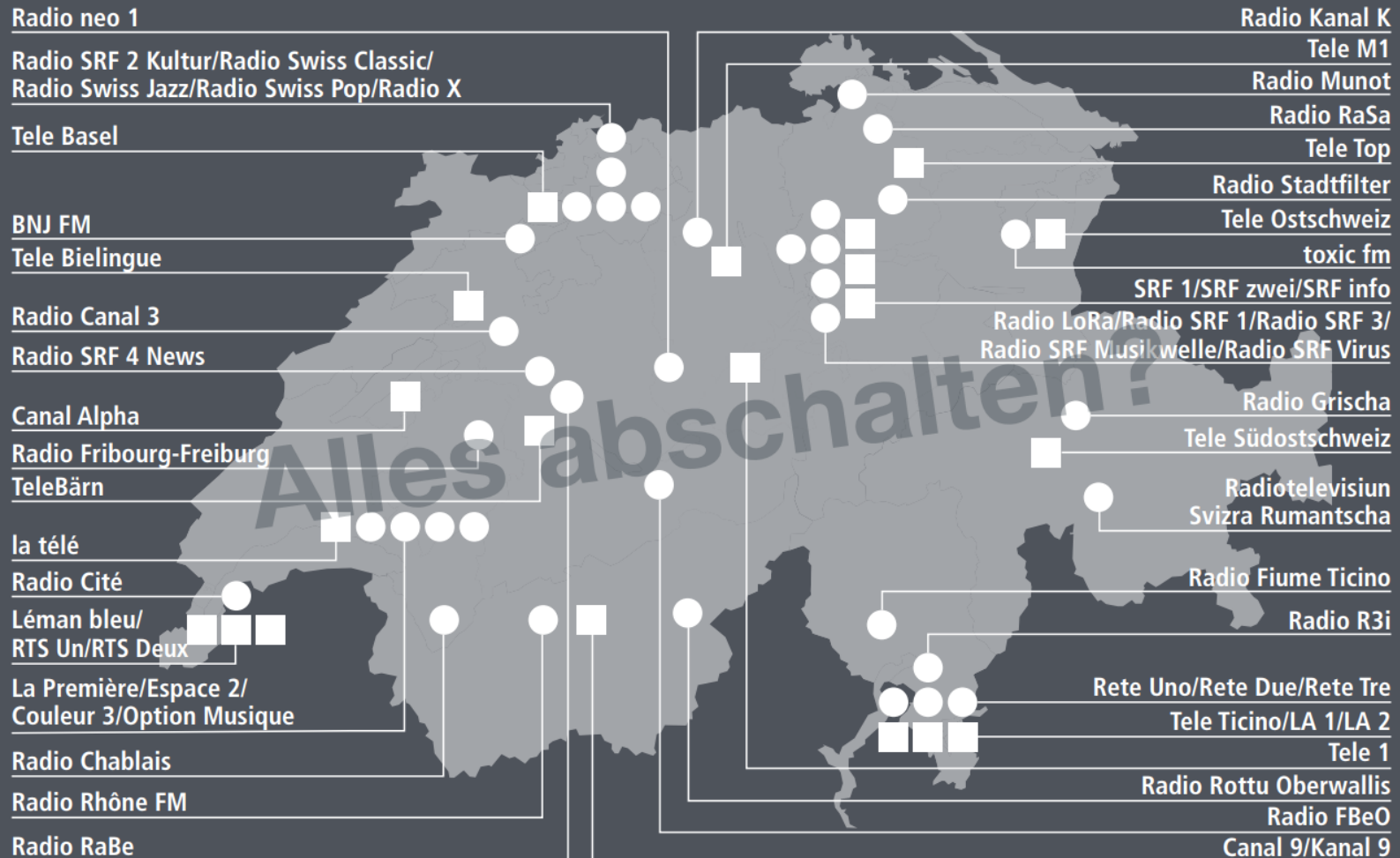


Es geht um die SRG – und viel mehr!

Mit den Radio- und Fernsehgebühren werden nicht nur die Programme der SRG finanziert, sondern auch 13 regionale Fernsehsender und 21 Lokalradios in der ganzen Schweiz. Sie alle stehen bei einem Ja vor dem Aus. «No Billag» heisst deshalb nicht nur «No SRG», sondern generell «No Schweizer Fernsehen und Radio».



Das alles steht auf dem Spiel!



Unsere NEIN-Argumente

1. Medien-Monopoly für Reiche und Mächtige
2. Kommerz statt Qualität
3. Verlust der regionalen Vielfalt
4. Höhere Kosten für weniger Inhalt



Medien-Monopoly für Reiche und Mächtige

Bei einer Annahme drohen italienische oder amerikanische Verhältnisse mit politisch gesteuerter Einflussnahme auf die öffentliche Meinungsbildung. Die Radio- und Fernsehkonzessionen müssten an den Meistbietenden versteigert werden. Kriterien wie Service Public, Demokratie oder Vielfalt spielten dabei keine Rolle. Die Medien als vierte Gewalt können ohne öffentliche Medienhäuser mit Service Public-Auftrag nicht unabhängig funktionieren.



Kommerz statt Qualität

Nebst Milliardenären mit politischem Programm würden kommerzielle Anbieter aus dem In- und Ausland die Lücke füllen. Diese richten sich einzig nach der Quote. Information, Kultur und Bildung lassen sich aber über den kleinen Schweizer Markt kaum finanzieren. Ohne Gebühren und Leistungsauftrag entfielen für die SRG auch die Verpflichtung, bezüglich journalistischer Arbeit eine Vorbildfunktion zu übernehmen.



Verlust der regionalen Vielfalt

13 Regional-TV sowie 22 Regionalradios senden heute dank Gebührengeldern, ihnen allen droht bei einem Ja das Aus. Besonders bitter wäre dies für Randregionen, in denen ein kostendeckender Betrieb ohne Gebühren schlicht nicht finanzierbar ist. Die extrem kleinräumigen lokalen Märkte sind viel zu klein, um ein vergleichbares Angebot zu finanzieren.



Höhere Kosten für weniger Inhalt

365 Franken pro Jahr bezahlt künftig jeder Haushalt für die SRG-Angebote in vier Landessprachen und für 35 Regionalsender. Ein vergleichbares Programm «à la carte» von Privaten wäre viel teurer. Ein Wechsel von der Gebührenfinanzierung hin zu kostenpflichtigen Abos würde höhere Kosten für weniger Inhalt bedeuten.



Der Initiativtext lässt keinen Spielraum!

- ³ Der Bund versteigert regelmässig Konzessionen für Radio und Fernsehen.
- ⁴ Er **subventioniert keine Radio- und Fernsehstationen.** Er kann Zahlungen zur Ausstrahlung von dringlichen amtlichen Mitteilungen tätigen.
- ⁵ Der Bund oder durch ihn beauftragte Dritte dürfen keine Empfangsgebühren erheben.
- ⁶ Der Bund betreibt in Friedenszeiten keine eigenen Radio- und Fernsehstationen.

Das wichtigste in Kürze

- Ein Ja zu No Billag ist das Ende der SRG
- Ein bedeutet das Aus für die regionalen Sender
- Ein Ja macht den Weg frei für Milliardäre
- No Billag ist eine extreme Initiative
- No Billag eignet sich nicht zum Zeichensetzen



NEIN zur No-Billag-Initiative am 4. März 2018

Mehr Informationen: www.spschweiz.ch/nobillag-nein

